Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 37 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246. | Hamburg, den 11. September 1920 | Anzeigen kosten die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden.) Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile. | 34. Jahrg.

Neue Aufgaben – neue Anforderungen.

Wenn Menschen, Klassen oder Völker vor neue Aufgaben gestellt werden, die sie zu lösen haben, so werden in demselben Augenblick sie selbst vor neue Anforderungen gestellt. Jede neue Aufgabe erfordert zu ihrer Lösung eine Summe von Erfahrungen, Beobachtungen, Kenntnissen und Handgriffen, sie setzt eine gewisse Vorbildung und Schulung voraus, sie verlangt geistige und sittliche Tüchtigkeit, kurz und gut, sie kann nur gelöst werden, wenn die allgemeinen oder besonderen Voraussetzungen gegeben sind. Aber selbst wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, bedarf es doch noch immer einer längeren oder kürzeren Zeit, um sich in die neuen Verhältnisse einzuarbeiten. Das hat sicherlich jeder von uns erfahren, der in ein neues Arbeitsverhältnis, in eine neue Stellung, berufen wurde. Falls er die nötigen Vorkenntnisse besaß, konnte er trotzdem nicht gleich mit vollen Segeln hineinfahren, er mußte sich erst allmählich hineintasten, hineinarbeiten, hineinleben, er mußte eine Lehrzeit durchmachen, unter Umständen sogar schweres Lehrgeld zahlen.

In dieser ungewohnten, überaus schwierigen Lage befindet sich das deutsche Proletariat seit dem November 1918. Durch die Revolution hat es sich die Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum erkämpft. Es hat das Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrecht im politischen und wirtschaftlichen Leben bekommen: seine gewählten Vertreter sind dazu berufen, in Staat und Gemeinde einen entscheidenden Einfluß auszuüben; auch in den einzelnen Betrieben und im gesamten Wirtschaftsleben steht ihnen die Befugnis zu, mitzureden und mitzuentscheiden. Dieses neu erkämpfte Recht weist dem Proletariat die wichtige Aufgabe einer positiven Mitarbeit an der Neugestaltung der Dinge zu, es drängt mit Naturnotwendigkeit darauf hin, daß die Arbeiterklasse ihre bisherige rein kritisierende Stellung aufgibt und zu einer praktischen Mitarbeit auf allen Gebieten übergeht. Diesem Zwange werden sich über kurz oder lang auch jene Kreise beugen müssen, die heute noch rein negierend beiseite stehen und dem Grundsatz: „Alles oder nichts!" huldigen. Wie die Beobachtung lehrt, wenden sich die erfahrenen, kenntnisreichen und geschulten Proletarier immer mehr der positiven Mitarbeit zu, weil sie erkennen, daß der ablehnende, verneinende Standpunkt unfruchtbar und darum zwecklos ist.

Leider drängt sich hier dem Beobachter die unangenehme Tatsache auf, daß es dem deutschen Proletarier im gegebenen Augenblick noch an so vielen Eigenschaften mangelt, die ihn in den Stand setzen, die ihm gestellten neuen Aufgaben so zu erfüllen, wie es wünschenswert wäre. Zweifellos steckt in der deutschen Arbeiterschaft eine Fülle geistiger, technischer und sittlicher Tüchtigkeit, diese Aufgabe zu bewältigen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es im Laufe der Zeit die vorhandenen Schwierigkeiten überwinden wird; heute aber fehlt es noch vielfach an der praktischen und theoretischen Vorbereitung für diese neuen Aufgaben. Seit Jahrzehnten haben die herrschenden und besitzenden Klassen, auf ihre Vorrechte pochend, die Angehörigen der proletarischen Schichten absichtlich und planmäßig von jeder Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen, so daß keinerlei Möglichkeit bestand, praktische Erfahrungen zu sammeln und sich die nötigen Hand- und Kunstgriffe anzueignen. Unter dem alten System konnte ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachtwächter werden, geschweige denn in eine leitende Stellung einrücken, und da ist es doch wahrlich kein Wunder, daß es uns an Praktikern fehlt, die die erforderliche Fertigkeit — nicht Fähigkeit — besitzen, einflußreiche Stellen in der Verwaltung und in den Behörden auszufüllen. Dieser Uebelstand tritt so deutlich zutage, daß es eine Vogelstraußpolitik schlimmster Art wäre, ihn leugnen zu wollen. Es nützt nichts, dem Proletariat Eigenschaften anzudichten, die es nicht besitzt; viel besser ist es, auf Mittel und Wege zu sinnen, diesem offenbaren Uebelstande abzuhelfen.

Auch im Gebiete des Wirtschaftslebens macht sich der Mangel an Schulung und Vorbildung unangenehm bemerkbar. Die neu errungene Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie hat das deutsche Proletariat als erstes in der ganzen Welt vor die schwere, aber unabweisbare Aufgabe gestellt, in Gemeinschaft und in Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum innerhalb und außerhalb der Betriebe eine neue Arbeits- und Wirtschaftsweise zu schaffen, die berufen ist, wenn auch einstweilen nur als Vorstufe, so doch im Laufe der Entwicklung die Forderungen des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen. Man braucht nur das Betriebsrätegesetz durchzublättern, das doch erst einen Anfang der Entwicklung bedeutet, um zu erkennen, welch zahlreiche, vielseitige, wichtige und schwierige Aufgaben den Arbeitnehmern zugewiesen sind. Wer von uns wird als ehrlicher Mensch behaupten wollen, daß uns schon heute die nötigen Kräfte zur Erfüllung dieser Aufgaben zur Verfügung stehen? Ueberall hört man die Klage, daß viel zuwenig geeignete Kollegen vorhanden sind, die den Willen und die Zeit haben, im Dienste der Arbeiterklasse tätig zu sein. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, die man nicht verhehlen soll, daß dem deutschen Proletariat durch die Revolution zahlreiche Rechte zuteil geworden sind, daß aber leider noch vielfach Mangel an qualifizierten Menschen vorhanden ist. Hier zeigt sich wieder einmal recht deutlich, daß ein jedes Recht, das den Menschen vor eine neue Aufgabe stellt, erst dann wirklich Wert hat, wenn man die geistige und sittliche Kraft besitzt, den wirklichen Gebrauch davon zu machen.

Wenn man, fern von jeder Umschmeichelung der Massen, die Tatsache feststellt, daß es in dieser Beziehung noch sehr hapert, so ist das nicht etwa ein Vorwurf gegen das deutsche Proletariat, das wirklich keine persönliche Schuld an seiner Rückständigkeit trägt, sondern es ist vielmehr ein Aufruf zur Besserung des gegenwärtigen Zustandes. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Dinge betrachten. In der Tat sehen wir ja auch überall, daß die denkenden Proletarier bemüht sind, das Versäumte nachzuholen und die Fehler der kapitalistischen Gesellschaft wieder gutzumachen. An allen Orten bemerken wir das eifrige Bestreben, möglichst vielen Proletariern und Proletarierinnen Wissen, Aufklärung, Bildung und Schulung angedeihen zu lassen, um sie dadurch für die wichtigen Aufgaben vorzubereiten. Aber selbst wenn dies geschieht, werden die Mitglieder der Betriebs- und Wirtschaftsräte, der Untersuchungs-, Schlichtungs- und der zahlreichen andern Ausschüsse doch noch eine Lehrzeit durchzumachen haben, ehe sie ihrer Stellung in vollem Maße gewachsen sind. Erst dann, wenn sie reiten gelernt haben, werden sie fest im Sattel sitzen und alle Hindernisse überwinden. Glücklicherweise gibt es im deutschen Proletariat Tausende von Männern und Frauen, die den guten Willen und das ernste Streben, das nötige Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, um sich in die neuen Aufgaben einzuarbeiten. Soviel steht unzweifelhaft fest: Hat die deutsche Arbeiterklasse erst ihre Lehrjahre hinter sich, verfügt sie über ein zahlreiches Heer geschulter Kräfte, dann wird sie auch imstande sein, die große weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Soll das aber geschehen, so muß die Parole lauten: Nicht reden, sondern handeln; nicht nörgeln, sondern lernen; nicht schimpfen, sondern arbeiten! Nur durch Befolgung dieser Parole wird es möglich, den Sozialismus von der Utopie durch die Theorie hindurch zur Wirklichkeit zu führen.

Wohnung – Hausbesitz – Allgemeininteresse.

Die Wohnungsfrage in Verbindung mit den Klagen der Hausbesitzer drängt immer mehr zu einer Klärung. Die Zahl der Wohnungsuchenden wächst ebenso wie die Zahl der Hausbesitzer, die in Bedrängnis kommen. Hierdurch wird wieder einmal der Widersinn der kapitalistischen Entwicklung klar dargetan. Als es noch Zeit war, hätte man eingreifen sollen, aber nichts geschah, und der allmächtige Haus- und Grundbesitz, der auch stets in den Gemeindevertretungen zu Worte kam, pochte auf seine Macht und war blind für die kommende Entwicklung. Nun steuern wir einer Katastrophe zu, wenn nicht energisch eingegriffen wird. Die Zahl derjenigen Hausbesitzer, deren Verhältnisse in Friedenszeiten als gesund anzusprechen waren, war gering. Der Bauschwindel und dessen Auswirkungen auf die Handwerker und Kauflustigen hat moralische Zersetzungen gebracht, von denen nur die wissen, die damit zu tun haben. Gar mancher kam zu einem Haus, ohne daß er es wollte; er konnte es nicht los werden, trotzdem es eine Last für ihn und eine Gefahr für sein Vermögen bedeutete.

Schon zu Friedenszeiten scheute man sich, an die Lösung der Wohnungsfrage zu gehen, denn die Schwierigkeiten schreckten. Von unten wurde nicht gedrängt, deshalb ließ man die Sache laufen. Nun muß aber eine Lösung gefunden werden. Das größte Hindernis liegt heute nach meiner Ansicht in der kapitalistischen Denkungsart. Die meisten Menschen stecken so tief darin, daß sie es nicht merken und dadurch nicht heraus können. Das Interesse der Allgemeinheit muß aber höher stehen als das des einzelnen. Die Wohnungsnot ist eine allgemeine Gefahr, denn die ansteckenden Krankheiten, besonders die Tuberkulose, nehmen zu. Die kleinen und überfüllten Wohnungen — und das sind die meisten — bergen auch eine große sittliche Gefahr. Da hilft nun kein Klagen, sondern nur ein zweckmäßiges, schnelles Handeln. Unsere Wiedergenesung müsse von der Familie ausgehen, ist schon so oft gesagt worden; fangen wir doch endlich an. Zunächst ist darauf zu dringen, daß alle Wohnungen in einen wirklich wohnbaren Zustand gebracht werden. Wer als Hausbesitzer keine Mittel hat, dem muß geholfen werden; wer sich weigert oder glaubt, hierin nicht mitmachen zu können, der trete sein Haus an die Stadt oder an eine Gesellschaft mit der Stadt ab, das ist durchführbar. Hier muß — wie überhaupt in Zukunft — entschieden werden, daß die Betriebe, die nicht zu halten sind, geschlossen werden, ebenso diejenigen, von denen zu viel vorhanden sind. Die Reparaturen und auch die Errichtung neuer Häuser muß in Verbindung mit der Erwerbslosenfrage gebracht und gelöst werden. Niemand weiß, wie lange die Arbeitslosigkeit noch anhält. Ja, die Zahl der Erwerbslosen wird stark vermehrt durch die Auflösung des Heeres, der Kriegsgesellschaften, der städtischen und kommunalen Lebensmittelversorgung usw. Arbeit wird also verlangt und in der Wohnungsfrage ist Arbeit vorhanden, aber die Mittel fehlen meist. Hier könnte dann produktive, das heißt notwendige Arbeitsgelegenheit im allgemeinen Interesse geschaffen werden; ferner wäre endlich ein wirklicher Anfang im Baugewerbe, von dessen Tätigkeit im Wirtschaftsleben so viel abhängt, gemacht. Mögen alle diejenigen, die in verwahrlosten Räumen wohnen, ernstlich darauf drängen, daß diese Räume hergerichtet werden, gesetzliche Bestimmungen sind vorhanden, um den nötigen Druck dahinter zu setzen.

Die baldig eintretende kältere Jahreszeit ist kein Hinderungsgrund für Ausführung von Innenarbeiten. Der Vermutung, daß dadurch dem Hausbesitz ein unverdienter Wertzuwachs oder besonderer Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit zugeführt werden könnte, ist durch Beteiligung der Stadt zu begegnen. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, gesund wohnen zu können. Wurde diese Rücksicht seither nicht geübt, aber bis zu einem gewissen Grade gesichert, so muß sie endlich konsequenter ins Auge gefaßt werden. Aus diesem Recht des einzelnen erwächst aber die Pflicht für die Allgemeinheit, nach Kräften mitzuhelfen, damit die Wohnungsnot gelindert wird.

J. Hütsch.

---

9. Hauptversammlung des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und 9. deutscher Malertag.

Nach mehr als fünfjähriger Pause hatte der Hauptverband der Arbeitgeber des Malergewerbes für den 18. August zu einer Generalversammlung eingeladen. Diese fand in Erfurt in Anwesenheit von 280 Delegierten statt.

Der Vorsitzende Kruse verwies in seinem Geschäftsbericht auf die seither für die Arbeitgeber bestandenen

Schwierigkeiten, die Teuerungszulagen von den Baubehörden angerechnet zu erhalten. Heute habe man sich im allgemeinen durchgesetzt. Im November 1915 kam das erste Anstrichverbot über Firnisfarben. Dies und weitere Verbote zwangen zur Verwendung von Ersatzmitteln und erschwerten das Geschäft. Ebenso die bald eintretende Steigerung aller Rohstoffpreise, die trotz Höchstpreisen über alles Maß emporgetrieben wurden. Die Terpentinölersatzpreise zum Beispiel stiegen von 50 ₰ auf 14 M. und mehr das Kilogramm. Die Beschlagnahme von Kasein beschränkte die Arbeitsmöglichkeit noch weiter, ebenso die von Terpentin und Kienöl. Der schlimmste Wucher setzte im Schleichhandel mit Leinölfirnis ein; erst in den letzten Monaten ist es hierin besser geworden. Eine wichtige Neueinrichtung war die im Jahre 1917 gegründete Bezugsvereinigung, zunächst für Leim. Wir haben durch unsere 17 Landesstellen- und mehr als 600 Ortsstellenverwaltungen für rund 60 000 Malermeister und Gehilfen Leim, Pflanzenleim, Stärke und später Leinölfirnis beschafft. Angefeindet von den Händlern und oft auch von den eigenen Kollegen — Am 8. Februar 1920 wurde der neue Reichstarifvertrag vereinbart, um dessen Aufrechterhaltung man unter fortgesetzten Lohnerhöhungsanträgen bemüht bleiben müsse. — An der Gründung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, in Hannover 1919, habe man tätigen Anteil genommen und dadurch 8 Sitze im Reichswirtschaftsrat erworben. Man müsse eine Macht werden, um sich durchzusetzen.

Hierauf berichtete der Hauptkassierer Anders. Danach war am 1. Januar 1916 ein Bestand von 4234,41 M. vorhanden. Die Einnahme betrug seitdem 44 777,12 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 44 596,81 M. Es verbleibt ein Kassenbestand von 4414,66 M.

Nun berichtete Herr Kruse über die Tarifverhandlungen nach dem Kriege nach der „Allgemeinen Malerzeitung" wie folgt:

Nach der Revolution führte der sogenannte Rat der Volksbeauftragten die achtstündige Arbeitszeit ein, was uns auch nötigte, sie tariflich anzuerkennen. Schneller als die Gewerkschaften es selbst erwarteten, leistete sich die Revolutionsregierung einen Luxus, der tief einschneidend in die ruhige Neuentwicklung des Wirtschaft- und Werkstattlebens eingriff. Bald folgten nacheinander die Reihen von Forderungen auf neue Teuerungszulagen. Teils fanden die Verhandlungen zentral in Berlin im Reichsarbeitsministerium statt, teils wurden sie örtlich geführt. Es war eine besondere Taktik der Gewerkschaften, vor und nach den Zentralverhandlungen örtlich Unzufriedenheit hervorzurufen und trotz aller Geltungszeiten die Abmachungen zu durchkreuzen und neue oder weitergehende Lohnerhöhungen durchzusetzen. Auch die Vorsitzenden aus dem Reichsarbeitsministerium waren leider nicht immer ausgesucht geeignete Verhandlungsleiter und Schiedsrichter. Im Februar 1920 fanden die Verhandlungen statt über einen neuen Reichstarifvertrag. Es galt, selten große Schwierigkeiten zu überwinden. Sowohl der von den Gewerkschaften verlangte Neuinhalt des Vertragsmusters (Arbeitskleider, Urlaub, Lehrlingslöhne) als auch besonders die beantragte Lohnerhöhung um 1 M. bis 1,25 M. für die Stunde erschwerte die tagelangen Verhandlungen, die wiederholt zu scheitern drohten. Bald kamen abermals neue Lohnforderungen bis zu 2 M. für die Stunde, worüber vom 30. April bis 3. Mai verhandelt wurde. Mit örtlichen Streiks, Schlichtungsämtern und Demobilmachungskommissaren suchten die Gehilfen der Sache bereits Gewalt anzutun. Neuverhandlungen auf noch weitere Erhöhungen mußten am 8. und 25. Juni stattfinden. Oertliche Zwischenverhandlungen brachten keine Lösung der Frage, so daß am 4. und 5. August wieder zentral verhandelt werden mußte. Entgegen allen ernsthafteren Darlegungen hat der unparteiische Vorsitzende einer Reihe von Städten abermals Lohnerhöhungen zugesprochen in Höhe von 20 bis 40 ₰. Die Erhöhung hat den Unwillen der Meisterschaft nur noch weiter gesteigert. Es ist daher wohl begreiflich, daß aus allen Gegenden des Reiches jetzt der Lohnabbau immer stürmischer verlangt wird. Die Versammlung möge beschließen, was zu tun ist.

In der Aussprache verlangt Irl-Erding, energisch die Abkehr vom starren Festhalten am Achtstundentag. Zugunsten der Winterszeit müsse eine Verlängerung des Sommerarbeitstages erreicht werden. Weiter geißelt er das Verfahren gewisser Bauverwaltungen bei Siedlungsbauten. Wegen der hohen Löhne der Bauarbeiter fehle meist das Geld für die Malerarbeiten. Dann sollten die Siedler wegen Geldmangels ihre Malerarbeiten selbst zusammenpfuschen. — Könke-Berlin empfiehlt für die zukünftige Lohnpolitik die sogenannte gleitende Lohnskala nach den amtlichen Indexziffern und verlangt einen größeren Angriffsgeist zur Senkung der Löhne. — Niemann-Bremen hält die Zeit für einen Lohnabbau noch nicht für gekommen, da die Lebenshaltung noch nicht wesentlich billiger ist. Mit weiteren Steigerungen aber müßte eingehalten werden. — Franz-Hannover wendet sich gegen Entscheidungen des Demobilmachungsamtes wegen Entlassung von Gehilfen bei Arbeitsmangel. — Stolberg-Hannover bemängelt die Entlohnung der unverheirateten Gehilfen nach gleicher Lohnhöhe wie Familienväter. — Thielvoldt-Hamburg verlangt, mit dem Abbau der Löhne nicht darauf zu warten, ob etwa von amtlicher Stelle dazu die Anregung gegeben wird. — Bieger-Flensburg rät, über die Ferienforderungen der örtlichen Gewerkschaften nicht zu verhandeln.

Es werden hierauf einstimmig angenommen ein Antrag Bayern „auf Beseitigung des Achtstundentages" (!), ein Antrag Berlin-Hamburg: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, die baldige Senkung der Löhne zu betreiben" (!) und ein Antrag Thielvoldt: „Oertliche Verhandlungen sind in allen Fällen abzulehnen."

Hierauf referiert Hansen-Hamburg über die Gründung eines Reichsbundes des deutschen Malergewerbes: Zu allen Zeiten war das Handwerk zersplittert. Innungen, freie und Zwangsinnungen, Gewerbevereine, Handwerkerbünde, Hansabund, Mittelstandsverbände, Arbeitgeberverbände bestehen nebeneinander. Hierzu kommen die Handwerkskammern. Kräfte werden verzettelt und Gelder vertan. Dem Handwerker drohen dazu die Folgen der Revolution. Ein Gesetz über das Arbeitsrecht und über die Lehrlingshaltung steht bevor. Die Sozialisierungsbestrebungen sind uns im Baugewerbe bereits bedenklich nahegerückt. Unsere Mitgliedschaft im neugegründeten Reichsbund des deutschen Handwerks, Sitz Hannover, bedingt, daß wir uns nicht nur im Titel, sondern auch in unserer Verfassung und unserer Tätigkeit aus einem reinen Arbeitgeberverbande zu einem Verband umformen, der allen Gewerbsangehörigen Raum zu befriedigender Mitgliedschaft gibt. Alle vorhandenen Verbindungen im Malergewerbe müssen Zutritt finden. So werden wir die Einheitsfront für unser Gewerbe schaffen. Der Hauptvorstand beantragt daher: „Die Hauptversammlung wolle beschließen, den Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe umzuformen zum Reichsbund des deutschen Malergewerbes."

Der Antrag wird nach kurzer Beratung einstimmig angenommen.

Diese Angelegenheit ist am folgenden Tage, an dem ein Malertag stattfand, an dem außer den Vertretern des Hauptverbandes auch Vertreter der diesem nicht angehörenden Verbände und Innungen erschienen waren, weiter behandelt worden. Nach einem Vortrag des Generalsekretärs des Handwerks- und Gewerbekammertages und des Reichsbundes des deutschen Handwerks, Dr. Meusch, erklärte auch der Malertag, daß der zu bauende Reichsbund des Malergewerbes seine Mitgliedschaft zum Reichsverband des deutschen Handwerks bestätigen werde. Es wird nun eine Sammlung unter den Anwesenden vorgenommen, deren Ertrag (5075 M.) dem Reichsverband des deutschen Handwerks als Grundstock überwiesen werden soll. Denn Herr Dr. Meusch hatte erklärt: „Zu aller Arbeit gehört Geld, und zwar viel. Der Reichsverband braucht es und hat nichts."

Die Vertretung des Bundes deutscher Dekorationsmaler, des Rheinisch-Westfälischen Malermeisterverbandes und der Verbände von Sachsen und Schlesien stellten ihren Anschluß als mehr oder weniger wahrscheinlich in Aussicht.

Nach dem ausgearbeiteten Voranschlag sollen 1920 und 1921 je 100 000 M. Einnahmen und Ausgaben entstehen. Dieser Voranschlag und die ausgearbeiteten Satzungen fanden Annahme.

Wir werden über die weiteren Verhandlungen noch berichten.

Lohnbewegungen.

Aschaffenburg. Die hiesigen Arbeitgeber lehnten den bei den Verhandlungen im sozialen Ministerium in München gemachten Vorschlag, vom 21. August an eine Lohnzulage von 80 ₰ zu zahlen mit der Begründung ab, daß ihnen die Lohnzulage von der Bauleitung der Hafenwohnungsbauten nicht erstattet werde, solange sie nicht von der zentralen Tarifinstanz (Haupttarifamt) festgesetzt sei. Eine am 2. September stattgefundene und gutbesuchte Versammlung unserer Mitglieder beschäftigte sich sehr eingehend mit dieser Situation. Es herrschte eine allgemeine Entrüstung über das Verhalten der Arbeitgeber, das allgemein als Verschleppung der Sache bezeichnet wurde. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die angeführten Gründe nicht stichhaltig seien und die geringe Lohnerhöhung sehr gut gezahlt werden könnte. Es wurde einstimmig beschlossen, an der vom sozialen Ministerium ausgesprochenen Lohnzulage festzuhalten und alle Mittel zur Durchführung anzuwenden.

Bingen. Die Binger Kollegen traten in den Streik, weil die Arbeitgeber die Entscheidung des Haupttarifamtes vom 5. August: Lohnzulage von 30 ₰ für Bingen, nicht anerkannten. Das Einigungsamt der Stadt Bingen stellte jedoch fest, daß die Entscheidung auch für Bingen Geltung besitzt und die Arbeitgeber zur Zahlung der Lohnzulage verpflichtet sind. Die Arbeitgeber fanden sich nun mit dieser wiederholt festgestellten Verpflichtung ab. Sie erklärten, die Lohnzulage zahlen zu wollen, so daß die Differenzen für die Gehilfen erfolgreich beseitigt sind.

Worms. Da die Arbeitgeber die Durchführung der Entscheidung des Haupttarifamtes ablehnten, traten die Kollegen am 1. September einmütig in den Streik, um dadurch die Anerkennung der Lohnzulage von 30 ₰ vom 9. August an zu erreichen. Von unserer Filialverwaltung wurde der Bürgermeisterei Mitteilung von der Arbeitsniederlegung und deren Ursachen gemacht. Am 3. September, vormittags, fanden dann auf Veranlassung des Arbeitsamtes Verhandlungen im Rathause statt, die zu einer Einigung führten. Die Vertreter der Arbeitgeber erkannten an, daß sie verpflichtet sind, die Entscheidung des Haupttarifamtes durchzuführen, sie hätten diesen Standpunkt auch in ihrer Versammlung vertreten, seien aber von denjenigen Meistern, die keine Gehilfen beschäftigten, überstimmt und terrorisiert worden. Sie erklärten sich bereit, die Lohnzulage vom 9. August an nachzuzahlen; ebenso gaben die Meistervertreter nach längerem Verhandeln die Erklärung ab, die Streiktage zu bezahlen, wenn am 3. September, nachmittags, die Arbeit wieder aufgenommen werde. Nachdem die Arbeitsniederlegung einen vollen Erfolg gebracht hatte, wurde in einer Versammlung die Aufnahme der Arbeit beschlossen. An dem Streik waren 52 Kollegen beteiligt.

Lackierer.

Werdau. Die gesamte Arbeiterschaft der Sächsischen Waggonfabrik legte am 1. September die Arbeit nieder. Der Grund dafür war die tags zuvor erfolgte Entlassung von 250 im Reparaturbau Beschäftigten, denen die Direktion Sabotage zum Vorwurf machte. Von unsern Berufskollegen sind 88 beteiligt.

Aus unserm Beruf.

München. Im Juni 1919 haben sich in München die Faßmaler und Gipsformatoren der Figurenbranche zum überwiegenden Teil dem Malerverband angeschlossen, um dem tariflosen Lohn- und Arbeitschaos ein Ende zu bereiten. Im selben Monat wurde noch der erste Tarif abgeschlossen; die Löhne lehnten sich damals nahe an die hiesigen Dekorationsmalerlöhne an. Doch konnte dann nicht mehr ganz Schritt gehalten werden, dazu war die Organisation zu jung; die notwendigsten Teuerungszulagen konnten nur unter den zähesten Kämpfen der kleinen Kämpferschar errungen werden. Bei den Verhandlungen wurde vielfach von den Arbeitgebern die Konkurrenz im Rheinland, besonders München-Gladbach und sogar auch Berlin herangezogen, daß diese billiger liefern könnten als wir in München. Auf die Unmöglichkeit dieses Verhandlungsbluffs will ich gar nicht eingehen, aber ich habe schon lange das Bedürfnis, mit den Kollegen der Gips- und Kunstfigurenbranche des übrigen Deutschlands zusammenzuarbeiten und regen Gedankenaustausch zu fördern. Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Faßmaler, Polychromeure und Gipsformatoren und besonders auch die Geschäftsführer der Filialen und Zahlstellen, in deren Bereich sich plastische Kunstanstalten und Kunstfigurengeschäfte befinden, ersuchen, umgehend die bestehenden Verhältnisse in den einzelnen Orten zu schildern und diesbezügliche Berichte an den Geschäftsführer der Filiale München, Petalozzistraße 40/III, zu senden. Brechen wir also auch hier endlich einmal Bahn für die Mitbestimmung unserer Kollegenschaft bei Lohn- und Tarifabschlüssen, und wir werden desto schlagkräftiger sein, je einheitlicher sich unsere Bewegung gestalten wird. Es gilt aber vor allem, alle noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, dann wird der Erfolg nur uns selbst wieder zugute kommen.

Heinrich Simon,
Sektionsleiter der Plastischen Kunstanstalten,
München, Hirtenstraße 10/0.

Berufsunfall. Wie uns aus Rendsburg mitgeteilt wird, sind bei der dortigen Hochbrücke, die gestrichen wird, 4 Kollegen und 2 weitere Arbeiter mit dem Fahrstuhl abgestürzt. Der Unfall soll auf das Nichtfunktionieren der Fahrstuhlbremse zurückzuführen sein. Der Fahrstuhlführer ist tot, 3 Kollegen sind leicht, ein Kollege und ein Arbeiter schwer verletzt. Näheres über den Unfall haben wir noch nicht erfahren können.

Submissionsblüte. Der Magistrat der Stadt Magdeburg hatte die Malerarbeiten des Umbaues der Kaserne Mark zum Städtischen Arbeitsamt ausgeschrieben. Nachstehende Angebote sind darauf eingegangen:

Firma	1. Los M.	2. Los M.	3. Los M.	Summe M.
Krause	48 428,—	47 168,—	52 827,—	148 423,—
Kleyme	48 620,60	46 613,40	47 868,40	188 102,40
Richards	40 425,50	48 408,50	46 651,50	180 585,50
Feldheim	37 765,50	41 118,—	43 818,—	122 701,50
Hoffmann	35 252,—	38 644,—	39 280,—	113 126,—
Halle, Paul	31 896,50	37 911,50	39 172,—	108 980,—
Halle, Felix	32 488,—	35 715,—	38 387,50	106 587,50
Kießling	31 483,—	34 857,—	37 650,—	105 999,—
Günther	31 748,—	35 045,—	36 765,—	103 558,—
Königs Nachf.	30 643,—	32 520,—	33 818,50	96 982,—
Löffler & Frommann	29 790,50	32 063,50	35 760,50	97 614,50
Situm	27 907,20	—	—	—
Stört	27 731,—	—	—	—
Kleus	27 084,—	—	—	—
Hünemörder	25 199,—	26 438,—	27 368,—	79 015,—
Schmengler	22 175,50	—	—	—
Böhme, Willi	18 869,—	19 591,—	21 211,—	59 691,—
Gerber	18 332,—	18 740,—	19 146,—	56 218,—

Selbst wenn man die beiden höchsten und niedrigsten Angebote außer Betracht läßt, ist die Differenz noch eine so große, daß es dringend notwendig wäre, daß sich die örtlichen Organisationen etwas näher mit diesem „Beitrag zur Handwerksrettung" beschäftigten.

Eingesandt.

Die Gewerkschaften und die Pfuscharbeit.

Wenn wir als Gewerkschafter die sich aus der Gegenwart ergebenden Probleme betrachten und unsern Standpunkt darlegen wollen, können wir dieses am besten mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus. Die sozialistische Theorie hat in praktischer Beziehung die Geschichte der Staaten und in wirtschaftlicher Hinsicht die Entwicklung der Wirtschaft zur Grundlage.

Alles andere, die Probleme des Geistes, Philosophie, Religion, Naturgeschichte, Kunst und Wissenschaft als solche, sind abhängig von den jeweils bestehenden Verhältnissen, sie spiegeln die ökonomischen und politischen Zustände wider. Auch die Gewerkschaftsbewegung ist das getreue Spiegelbild der augenblicklichen Zustände. In ihr realisiert sich das, was sich in Staat und Gesellschaft abspielt. Wir sehen im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung die Gewerkschaften entstehen. Sie entstanden aus dem Wollen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage. Der Wunsch zur Verbesserung der Lebensbedingungen kristallisierte sich durch die politische Tätigkeit der Arbeiter zu bewußtem Handeln. Man stellte Forderungen an die Unternehmer; man setzte sie durch mit den Mitteln des Verhandelns und der Anwendung des äußersten Kampfmittels, der Arbeitsverweigerung. Dadurch erschütterte man das Bollwerk der kapitalistischen Wirtschaft. Das Unternehmertum erkannte die Macht des Zusammenschlusses. Es gründete Vereinigungen zur Wahrung seiner Standesinteressen. Es baute sie aus zu Bollwerken, an denen die Aktionen der Arbeiter Schiffbruch leiden sollten. Zu immer neuen Mitteln griff man im Laufe der Entwicklung. Die Arbeiter wandten sich an den Staat; sie forderten Gesetze, die ihnen das Recht zur Ausübung ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaften gewährleistete. Das Recht erhielten sie. Das Unternehmertum als Machtfaktor protestierte. Es handelte auch, indem es sich wehrte durch Aussperrungen. Weil aber dem Kapitalisten zur Vermehrung seines Reichtums an einem ruhigen Geschäftsgang mehr liegt als am Kampf, ließ er sich in Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen ein. In den Arbeiterorganisationen gärte und brodelte es aber; es gab zu jeder Zeit vorwärtsdrängende Elemente. Diese waren der Sauerteig im Entwicklungsgang des Verhältnisses zwischen Unternehmertum und Arbeiterorganisation.

So sahen wir im Laufe der Entwicklung ein immerwährendes Hin- und Herwogen. Nun liegt es im Wesen der Menschen begründet, daß sie leichter geneigt sind, ihren Lebensweg in ruhige Bahnen zu lenken, als sich in das Gewoge des Kampfes zu stürzen. Nach Wochen und Monaten erregten Kampfes folgt die Reaktion. Ist der Kampf erfolgreich gewesen, dann hat diese Reaktion leicht im Gefolge ein Zufriedensein. Jedoch ist nichts gefährlicher für eine Kampftruppe, als sich beschaulichen Betrachtungen hinzugeben und den Gegner aus dem Auge zu verlieren. Der Gegner rüstet; er sinnt zu neuem Schlage, um seinen

Zweck durchzusetzen. Dann liegt bei Niederlagen die Gefahr nahe, den Kampfesgeist sich verflüchtigen zu sehen. Die Massen verzweifeln; dadurch wird die Energie gelähmt; der Gegner hat leichtes Spiel, die Organisation zu zerstören. Die Opposition in den Reihen der Gewerkschafter macht dann sehr leicht den Fehler, anstatt nach den Ursachen der Niederlage zu forschen, den Führern die Schuld an derselben beizumessen. Dieses Vorgehen hat dann zur Folge, die ohnehin ermüdeten Gehirne zu verwirren. Man nützt dadurch dem Gegner und schädigt die Arbeiterschaft, weil die Organisation zerstört wird. Vor allen diesen Fehlern kann uns nur eins schützen: Beobachten, forschen nach den Ursachen. Das geschieht erfolgreich nach dem System, das uns durch den wissenschaftlichen Sozialismus gegeben ist. Der Kampf der Geister ist in den naturellen Tatsachen begründet. Uns lehren diese aber, daß das heutige Wirtschaftssystem begründet ist in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In diesem Zustande haben wir den Schlüssel für alle Lösungen der gegenwärtigen Probleme, seien sie geistiger Art oder materiellen Ursprungs, gefunden.

Auch das Pfuschunwesen beruht auf rein materieller Grundlage. Sei es, daß jemand gezwungen wird, gegen Lohn oder Entgelt zu niedrigeren als den festgesetzten Preisen zu schaffen, oder sei es, daß jemand, nach Leistung seiner täglichen Arbeitszeit, „Nachfeierabendarbeit" leistet. Diesen Erscheinungen einer niedergehenden Wirtschaftsform mit Strafgesetzen oder Verordnungen beikommen zu wollen, ist ebenso verkehrt, als die Gewerkschaftstaktik als ein Produkt, den Gehirnen der Führer entsprungen, zu bezeichnen. Bei Betrachtung aller Dinge sollten wir uns nicht von persönlichen Motiven, sondern den Momenten der wirtschaftlichen Erfordernisse leiten lassen. Nur so werden wir die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse wahren. Dann werden wir als Sozialisten in den Gewerkschaften verbleiben und tätig sein können. Wollte man das Pfuschunwesen vom persönlichen Standpunkt betrachten, dann müßten wir die moralische Seite dieses Problems zerlegen. Weil wir vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus aber wissen, daß die Moral ein Erzeugnis der wirtschaftlichen Zustände ist, müßten wir die Misere des Krieges, den Verfall der Wirtschaft in ein Wucher- und Schiebersystem, schildern. Wohl haben wir als Gewerkschafter ein Interesse an geordneten Verhältnissen, aber mitzuhelfen, die Opfer dieses verrotteten Wirtschaftslebens dem Strafrichter zuzuführen, haben wir niemals. Das ist das Fazit, wenn wir unsere Gegenwartsprobleme, die die Gewerkschaften angehen, als geschichtswissenschaftlich gebildete Sozialisten betrachten.

G. S.

Ueber die Aufgaben der Betriebsräte in unserm Berufe

schreibt uns ein Kollege der Filiale Berlin:

Einige Vorgänge während unserer letzten Lohnbewegung veranlassen mich, die Aufgaben der Betriebsräte unseres Berufes einer zeitgemäßen Betrachtung zu unterziehen. Die außerordentliche Wichtigkeit der Kenntnisse des Aufgabenkreises, der Zwecke und Ziele der Betriebsräte (zu den Betriebsräten rechnen selbstverständlich Vertrauensleute und Obleute) ist der großen Mehrzahl der Kollegen leider so wenig bekannt, zum Teil auch von ganz falschen Vorstellungen begleitet, daß es sich tatsächlich verlohnt, hierauf etwas näher einzugehen.

Das geltende Betriebsrätegesetz erblickt in den Betriebsräten lediglich Organe, die dazu dienen sollen, die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzurichten und neu zu befestigen. Es kann nicht Sache der klassenbewußten Arbeiter sein, dieses Bestreben der kapitalistisch orientierten Gesetzgeber noch zu unterstützen, vielmehr muß die Arbeiterschaft darauf bedacht sein, aus dem nun — wer weiß wie lange — bestehenden Gesetz so viel wie möglich für die produktiv tätige Bevölkerung herauszuholen.

Die den Betriebsräten laut Gesetz aufgezwungenen Pflichten stehen in gar keinem Verhältnis zu den ihnen zustehenden, fast verschwindenden Rechten, die nur eben dann erwirkt werden können, wenn die Kollegen des Betriebes einig und geschlossen hinter dem Betriebsrat stehen und gewillt sind, aus den zwischen Betriebsrat und Unternehmer etwa entstehenden Differenzen die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, das heißt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchsetzung gestellter Forderungen der Kollegen des Betriebes zu erreichen, oder beschlossene Maßnahmen, die im Gesamtinteresse des Proletariats liegen, zur Durchführung zu verhelfen.

Welches sind nun die Aufgaben der Betriebsräte unseres Berufes? Ich will zunächst auf einige Vorgänge während unserer letzten Lohnbewegung hinweisen und erörtern, inwieweit die Betriebsräte in der Lage gewesen wären, diese zweifellos unliebsamen Vorgänge zu verhindern.

Von den streikenden Kollegen wird mehreren nicht am Streik beteiligt gewesenen der Vorwurf gemacht, daß letztere während der Bewegung Streikarbeit verrichtet hätten, indem sie Arbeiten, die andern Firmen übertragen oder von andern Firmen schon angefangene Arbeiten weitergeführt, zum Teil auch fertiggestellt hätten. Ganz naturgemäß erzeugte dieses Verhalten der nicht streikenden Kollegen schon während der Bewegung großes Mißfallen, darüber hinaus blieb aber auch nach Beendigung der Bewegung immer eine gewisse Disharmonie bestehen, die durchaus nicht geeignet ist, die so überaus notwendige Einigkeit unter der Arbeiterschaft zu fördern.

Wie konnten nun die Betriebsräte die geschilderten Vorgänge verhindern? Ganz einfach dadurch, daß die Betriebsräte der nicht am Streik beteiligten Firmen die Ueberwachung der Produktion vornahmen. Ich höre schon viele Kollegen sagen: „Das ist bei uns nicht möglich." Ich sage: „Jawohl, Kollegen, das ist doch möglich! Und zwar dadurch, daß 1. jede während der Bewegung anzufangende Arbeit bis nach deren Beendigung hinauszuschieben ist; 2. jede von einer andern Firma schon angefangene Arbeit auf keinen Fall durch andere weitergeführt wird. Man wird mir erwidern: „Die Theorie ist richtig, aber wie sieht es in der Praxis aus?" Und hier muß ich etwas berühren, was manchem nicht gefallen wird, mich aber nicht hindern kann, die Wahrheit zu sagen. Ich bin der Meinung, daß dort, wo die Betriebsräte ganze Kerle sind, das heißt, nicht Vertrauensleute des Unternehmers, sondern wirkliche Vertreter der Arbeiter, auch überall dort die praktische Durchführung der von mir vorgeschlagenen Maßnahmen verhältnismäßig leicht möglich ist, wenn nur der Wille vorhanden ist und die Kollegen des Betriebes den Betriebsrat überwachen. Aus den vorgeschlagenen Maßnahmen sich eventuell ergebende Arbeitslosigkeit für die nicht am Streik beteiligten Kollegen kann keinesfalls in Betracht kommen, da es an sich schon eine bedauerliche Tatsache ist, daß ein Teil der Kollegen in den Streik tritt, um für die gesamte Kollegenschaft etwas herauszuholen. (Ich bitte alle Befürworter des partiellen Streiks, über die sich aus partiellen Streiks ergebenden Unstimmigkeiten und Mißhelligkeiten mal etwas nachzudenken; ich bin fest der Meinung, mancher Kollege wird seine Ansicht in dieser Frage einer gründlichen Revision unterziehen.)

Daß die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte eine Hauptaufgabe derselben ist, dürfte nachgerade wohl jedem einleuchten. Es ist ganz klar, daß diese Kontrolle dauernd ausgeübt werden muß, im Falle einer Lohnbewegung jedoch erhöhte Aufmerksamkeit verdient. Zur Kontrolle der Produktion gehört ferner eine genaue Kenntnis der Materialpreise, der vorhandenen Bestände an Materialien, Gerätschaften, der in Aussicht stehenden Aufträge (durch Inverbindungsetzung mit den Angestellten), Zahl der Beschäftigten usw. Die Kenntnis all dieser Dinge ist unbedingt notwendig, um Vorbereitungen für die Sozialisierung des Industriezweiges zu treffen, um im Moment der Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat die Fortführung der Produktion zu ermöglichen.

Eine weitere Aufgabe der Betriebsräte ist die Ausübung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebe durch die Betriebsräte in der kaufmännischen und technischen Leitung, in der Produktion, in allen Lohn- und Arbeitsfragen, bei Einstellungen und Entlassungen. Ich weiß, daß manche der genannten Aufgaben von vielen Kollegen als undurchführbar angesehen werden, undurchführbar deshalb, weil der Betriebsrat bei jedem, auch dem kleinsten Versuch, der darauf hinausläuft, die „wohlerworbenen" Rechte des Unternehmers anzutasten, von diesem brüsk zurückgewiesen werden würde. Dies kann indessen für uns kein Grund sein, diesen Kampf abzuschwächen oder gar einzustellen, vielmehr sollte es uns ein klarer Beweis dafür sein, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, auf dem Wege, der schließlich dahin führt, die kapitalistische Profitwirtschaft abzulösen durch die sozialistische Gemeinwirtschaft, in der die Deckung des Bedarfs im Vordergrunde steht.

Kollegen! Der Weg ist schwer; mancher Betriebsrat wird auf der Strecke bleiben, wird monatelang auf der Straße liegen, andere werden für ihn einspringen, um bald vom selben Schicksal ereilt zu werden; aber trotz und alledem, seien wir uns stets bewußt, welch schöner Lohn uns winkt: die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auch vor größten Opfern nicht zurückschrecken. Der winkende Lohn ist der Opfer wert.

Recht kleinlich und egoistisch denkende Kollegen sind es, die ihre Wahl zum Vertrauensmann oder Betriebsrat nur als Mittel zu dem Zweck betrachten, um nun als Betriebsrat eine gefestigtere Position im Betriebe zu haben. Kollegen, es liegt an jedem einzelnen von Euch, derartige Elemente kaltzustellen. Sie sind unfähig, die Interessen der Arbeiter würdig zu vertreten. Wählt Euch Betriebsräte, die festen Willens sind, alles einzusetzen, um dem Proletariat zum Siege zu verhelfen. Das in Unternehmerkreisen geflügelte Wort: „ein guter Betriebsrat ist teuer", kann nur durch Eure Wachsamkeit zur Ohnmacht herabgedrückt werden. Werbt und wirkt in diesem Sinne, übt schonungslose Kritik an alle, die sich dem entgegenstemmen, wählt nur solche Vertreter, die etwas gelernt haben und wissen, was sie wollen, im Gegensatz zu denen, die nichts gelernt haben und nicht wissen, was sie wollen; wenn Ihr so verfahrt, werden in ganz verhältnismäßig kurzer Zeit ungeahnte Erfolge auf unserer Seite zu buchen sein.

Gewerkschaftliches.

Durch Urabstimmung im Verbande der Kupferschmiede wurde die vom Verbandsvorstand befürwortete Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband abgelehnt. An der Abstimmung nahmen von 6890 Mitgliedern 5908 oder 85,7 % teil. Für die Verschmelzung stimmten 4198 Mitglieder, dagegen 4868, 47 Stimmen waren ungültig.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Am 7. August haben die Arbeiterorganisationen die deutsche Arbeiterschaft aufgerufen, zur Sicherung strengster Neutralität und zur Bekämpfung der Konterrevolutionen alle Waffen- und Munitionstransporte zu kontrollieren. Diese Kontrolle muß nach wie vor aufs strengste durchgeführt werden, um so mehr, als jetzt sogar aus Deutschland über Holland Waffen und Munition nach Polen zu transportieren versucht wird.

Die Organisationen haben die unterzeichnete Kommission zur Erledigung der sich hieraus ergebenden Fragen eingesetzt. Die von uns mit der Regierung über die Kontrolle der Transporte geführten Verhandlungen haben ergeben, daß volle Einmütigkeit in dem Willen besteht, alle neutralitätswidrigen und für ungesetzliche Zwecke (Orgesch, Einwohnerwehren usw.) bestimmten Transporte zu verhindern. Auf Grund der von dem Entwaffnungskommissar zu erlassenden Bestimmungen werden die Arbeiterorganisationen schleunigst Kontrollinstanzen schaffen, die die Gewähr für den Transport nur zulässiger Sendungen bieten sollen. Bis zu dieser Regelung sind alle verdächtigen Transporte anzuhalten.

Eine Ausnahme bilden alle auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte der Entente die nachweislich für Ententetruppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind. Können Zweifel an der Zulässigkeit eines Transportes durch die am Orte zuständigen Behörden nicht behoben werden, so hat die örtliche Kontrollkommission den Beschwerdefall der Reichskommission, zum Beispiel dem Genossen Graßmann, Berlin SO 16, Engeluser 15 (Gewerkschaftsbund), zu melden, die für schnellste Erledigung des Falles Sorge zu tragen hat.

Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund:
Graßmann.
Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Franz Krüger.
Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Dr. Kurt Rosenfeld.
Für den Deutschen Eisenbahnerverband:
Brunner.
Für den Deutschen Transportarbeiterverband:
Bender.
Für den Hauptbetriebsrat der Eisenbahnen:
Klibor.

*

Zu diesem Aufrufe ist zu bemerken, daß es sich zunächst um eine vorläufige Regelung der Sache handelt. Es ist in Aussicht genommen, mit Ausnahme der im dritten Absatze des Aufrufs erwähnten Transporte alle andern Waffen- und Munitionstransporte von der von Fall zu Fall zu erteilenden Genehmigung des Entwaffnungskommissars abhängig zu machen und zu diesem Zwecke bei den hier in Frage kommenden einzelnen Ressorts Kontrollkommissionen der Arbeiterschaft einzusetzen. Sobald diese Kontrollkommissionen organisiert sind, werden ihre Adressen veröffentlicht. Von der Zeit an sind die im letzten Absatze des Aufrufs erwähnten Beschwerden nur an die zuständige Kontrollkommission zu richten.

Sozialpolitisches.

Hochschule für Betriebsräte. Auf Beschluß einer Konferenz der Gewerkschaftskartelle von Rheinland-Westfalen im Februar dieses Jahres wurden vom Bezirkssekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Verhandlungen aufgenommen mit dem staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster zwecks Einrichtung einer Betriebsratsschule an der Universität. Diese Verhandlungen sind nunmehr mit einem erfreulichen Resultat zum Abschluß gekommen. Am 28. August begann am staatswissenschaftlichen Institut in Münster ein dreiwöchiger „Ferienkursus über Betriebslehre für Gewerkschafter", zu welchem 60 bis 70 Teilnehmer angemeldet sind. Das Ziel dieses Kurses soll sein, aus den Kreisen der Gewerkschaften heraus Personen heranzubilden, die geeignet sind, die Betriebsräte ihrer Industrie mit ihren Aufgaben in den Betrieben bekanntzumachen und sie für diese Aufgaben zu schulen. Sie sollen also als Lehrer dienen. Dementsprechend soll die Ausbildung dieser Lehrer stark individuell und für jede Industrie besonders zugeschnitten erfolgen. Die Veranstalter sind sich darüber im klaren, daß ein solch weitgestecktes Ziel für wenig vorgebildete Gewerkschafter in so kurzer Zeit nicht zu erreichen ist. Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, und es wird auch auf diesem neuen Gebiet die Praxis der beste Lehrmeister sein.

Das Programm sieht vor: in den ersten beiden Wochen eine zwölfstündige Vortragsreihe über „Soziale Betriebslehre" und 2 je sechsstündige Vortragsreihen über den „Betrieb in der Volkswirtschaft" und „Betrieb und Konjunktur". Anschließend an diese Vorlesungen sind täglich 3 Uebungsstunden vorgesehen, in denen getrennt nach Industrien die Hörer einen möglichst hohen Grad für die berufliche Ausbildung erreichen sollen. In der dritten Woche wird unterrichtet je 6 Stunden über die „Bedeutung der Unternehmungsformen" und über „Buchhaltung und Bilanz", woran sich ebenfalls 3 Uebungsstunden über Buchhaltung und Bilanz anschließen.

Da die Ausbildung möglichst stark nach Industrien sein soll, konnten für diesen ersten Kursus nur Berg-, Metall-, Textil- und Transportarbeiter berücksichtigt werden. Als Lehrer sind gewonnen die Herren Prof. Plange, Münster, und Ingenieur Woldt, der als Dozent an der Universität Münster tätig ist, und für die letzte Woche Herr Prof. Terhalle, Jena. Prof. Plange und Ingenieur Woldt bringen ein besonders anschauliches, intensives und Erfolg versprechendes Lehrsystem zur Anwendung, so daß zu hoffen ist, daß die Teilnehmer dauernden Nutzen im Interesse der Arbeiterschaft von dieser Einrichtung haben werden. Denn schließlich werden dadurch die Sozialisierungsbestrebungen am besten auf das Gebiet der Praxis übergeleitet und so die deutsche Volkswirtschaft durch schaffende Kräfte aus der Arbeiterschaft bereichert.

Bekanntlich hat im Frühjahr dieses Jahres der Verband der Textilarbeiter in Leipzig einen Betriebsrätekursus für Obleute und Betriebsratsmitglieder eröffnet. Der Kursus, der als erster Teil einer Serie von Kursen gedacht ist, wurde im Auftrage der Universität und der Handelsfachschule von den Leipziger Volkshochschulkursen veranstaltet. Der Kursus wird in 2 Abschnitte geteilt, in kaufmännische und volkswirtschaftliche Fächer. Im ersten Abschnitt wird behandelt werden: Kaufmännisches Rechnen: Zins, Diskont, Kontokorrent (Devisen), Bezugskalkulation, Buchhaltungs- und Bilanzkunde, Wesen und Zweck der Buchhaltung, Kontor, Inventur und Bilanz als Grundlagen der Buchhaltung (Bilanzgleichung), Beziehungen zwischen Bilanz und Konto, Handelsrecht, Fabrikbetrieb, Geldwesen; im zweiten Abschnitt: Volkswirtschaft, Stellung der Textilindustrie in der deutschen Volkswirtschaft, der Handel und seine Organisationen in der Volkswirtschaft, und ausgewählte Fragen der Gewerbepolitik. Als Dozenten sind gewonnen worden: Prof. Winkler, Prof. Großmann, Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, Dr. B. Penndorf, Dr. Bräuer, Syndikus Dr. Heubner, Prof. Dr. Gehrig, Privatdozent Dr. E. Schultze.

Wird so in allen Organisationen für planmäßige Heranbildung der Beauftragten der Arbeiterschaft gearbeitet, dann rücken wir unserm Ziele, der Umformung der kapitalistischen Privatwirtschaft in eine sozialistische Gemeinwirtschaft, um ein gewaltiges Stück näher. Daß dieses Ziel

dann auch erreicht wird, dafür werden der Lerneifer und das sozialistische Pflichtbewußtsein all der neuen Kräfte, die geweckt werden, Sorge tragen!

Die Steigerung der Lebensmittelpreise geht in diesem Jahre von Monat zu Monat vor sich. Im Mai trat eine weitere Steigerung des Preises für Brot ein, ebenso für Fleisch und Kartoffeln. Die Kosten der Wochenration für eine vierköpfige Familie, wie sie vom Wirtschaftsstatistischen Bureau von Rich. Calwer berechnet werden, hatten sich im April auf 189,78 M gestellt, sie sind im Mai 1920 auf 224,63 M, das heißt um rund 35 M gestiegen, also um einen Betrag, wie er bisher noch nicht beobachtet werden konnte.

Der Monat Juni hat an vielen Plätzen, namentlich im Rheinland, vor allem auch in Groß-Berlin, eine Senkung der Lebensmittelpreise gebracht. Auf der andern Seite ist aber zu bemerken, daß an zahlreichen Orten die Steigerung weiter angehalten hat. Im Mittel ergibt sich für etwa 200 Plätze nach derselben Berechnung eine Steigerung der wöchentlichen Ernährungskosten für eine vierköpfige Familie von 224,63 M im Mai auf 232,15 M im Juni. Der Berechnung ist die Friedensration des Marinesoldaten zugrunde gelegt, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, um falschen Deutungen der Indexziffern zu begegnen. Die absolute Höhe der Ziffer ist nicht maßgebend, sondern nur die Bewegung der Kosten von einem Monat zum andern. Die Steigerung von Mai auf Juni ist im Vergleich mit der bisherigen Verteuerung geringer; denn die Kosten der Wochenration stiegen im Februar um 17 M, im März um 20 M, im April um 22 M und im Mai um 35 M, dagegen im Juni nur um nicht ganz 8 M.

Vom Ausland.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An die Arbeiter aller Länder!

In Anbetracht des schweren Ernstes der politischen Weltlage fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von dem organisierten Proletariat der ganzen Welt, jedem Kriege seinen unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam bereitzuhalten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig herzustellen.

Die Internationale der Gewerkschaften verurteilt auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl jedes Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes, als auch jede den gegenrevolutionären Armeen gewährte Unterstützung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert alle Arbeiter auf, sich dagegen zu erheben und dementsprechend zu handeln.

Diesen Grundsätzen entsprechend und in Anbetracht der Tatsache, daß die russische Revolution durch Polen angegriffen wurde, verlangt der Internationale Gewerkschaftsbund die augenblickliche Beendigung der gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland und fordert für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Ueberfall.

Angesichts der Erklärung der russischen Regierung, die feierlich den Willen ausspricht, auf der Basis der polnischen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes mit Polen Frieden zu schließen, erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß auf dieser Grundlage die brudermörderische Massenschlächterei aufhören muß.

Der allgemeine Weltfriede muß ehebaldigst hergestellt werden, und zwar auf der Grundlage der Anerkennung der revolutionären Errungenschaften und der Unabhängigkeit der Völker!

Um dieses proletarische und durchaus menschliche Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter auf, sich nicht als Helfershelfer des kapitalistischen Imperialismus gebrauchen zu lassen, und energisch jegliche Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern.

Die zielbewußte Aktion der Arbeiter muß als Schutzwache der Menschheit die reaktionäre „Heilige Allianz" zertrümmern, die man bemüht ist, wieder aufzurichten.

Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiterbefördert werden! Dem Kriege werde keine neue Nahrung zugeführt! Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Proletarier aller Länder diese Aktion durchführen können und müssen.

In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen, und in der Ueberzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Kriegen Einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereitzuhalten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalstreik ihren Entschluß durchzusetzen.

Die gewerkschaftliche Internationale fordert überdies alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen, damit endlich die allgemeine Abrüstung durchgeführt wird, die die Völker vom Militarismus — von jeglichem Militarismus! — befreien und die Steigerung der Produktionskräfte herbeiführen wird!

Kameraden! Im Jahre 1914 war unsere Organisation noch zu schwach, um sich dem Krieg zu widersetzen. Heute ist sie eine starke Macht von 27 Millionen Mitgliedern, stark vor allem, weil von einem viel entschiedeneren antikapitalistischen und antimilitaristischen, einem viel ausgesprochener sozialistischen und revolutionären Geiste beseelt. Heute muß sie in sich selbst, in ihren eigenen Kampfmitteln, die Macht finden, der Welt die Erneuerung solcher Schrecken und Greuel zu ersparen!

Krieg dem Kriege! Dies sei die allgemeine Losung, in der alle Arbeiter der ganzen Welt sich vereinigen!

Die Verweigerung jedweden Transportes für Kriegszwecke ist heute der Ausdruck der internationalen proletarischen Solidarität!

Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt auf Euch!

Der Internationale Gewerkschaftsbund:

W. A. Appleton, Vorsitzender. L. Jouhaux, 1. Vizevorsitzender.
C. Merlens, 2. Vorsitzender.
Edo Fimmen, J. Oudegeest, Sekretäre.

*

Daß das deutsche Proletariat den ernsten Willen hat, im Sinne dieser Aufrufe zu handeln, hat es schon durch die Tat bewiesen. Nun kommt es aber auch auf die Arbeiterschaft der westeuropäischen Länder an! Wie steht es in dieser Hinsicht mit dem französischen Proletariat? Jetzt handelt es sich nicht nur darum, Beschlüsse zu fassen, jetzt müssen auch Taten folgen!

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengestellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Kl. 22g. 7. B. 76.01 Max Brenneisen, Bern, Schweiz; Verfahren zur Herstellung einer wetterbeständigen und rostverhütenden Anstrichfarbe. 17. Dezember 1914.

Gebrauchsmuster: Kl. 75c. 748 588. William Berry, Cleveleys, England; Gerät zum Hervorbringen von Maserung oder ähnlichen Wirkungen bei Farbanstrichen. 5. Dezember 1919. — Kl. 75c. 748 622. Wilh. Schüller, Rothenburg ob der Tauber; Zusammenlegbarer Malkasten mit Staffelei und Feldstuhl. 23. Juli 1920. — Kl. 75d. 748 378. Ahrletyp G. m. b. H., Berlin-Schöneberg; Glasbild. 24. Juni 1920. — Kl. 75d. 748 501. Ludwig Becker, Berlin, Pfuelstr. 8; Vorrichtung zur Wiedergabe lebender Bilder oder Zeichnungen. 17. Dezember 1919.

Literarisches.

Arbeiterjugend und sexuelle Frage heißt eine von Hans Hackmack verfaßte und soeben im „Freiheit"-Verlag, Berlin O 2, erschienene Broschüre, die die so wichtige Geschlechtsfrage vom sozialistischen Standpunkt aus behandelt. Die Schrift regt zum Weiterstudium an, zumal da ihr ein kleiner beachtungswerter Literaturhinweis angehängt ist. Preis 2 M. Organisationen erhalten Rabatt.

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse für den Monat August.

Eingesandt haben: Aachen 2600 M, Altenburg 1000, Augsburg 1200, Berlin 35 046, Bernburg 1000, Beuthen 1542,20, Bochum 1600, Brandenburg 1000, Braunschweig 2700, Bremen 2000, Bremerhaven 2200, Breslau 2500, Chemnitz 6000, Coblenz 1000, Coburg 1000, Cöln 5000, Darmstadt 2100, Datteln 404, Dessau 2000, Dresden 9000, Duisburg 2400, Elberfeld 10 000, Elbing 750, Erfurt 2500, Essen 7000, Flensburg 2200, Frankfurt a. M. 8000, Freiburg 518,85, Glauchau 1000, Görlitz 2500, Gotha 3000, Göttingen 790, Grünberg 400, Guben 400, Hagen 1500, Hamborn 900, Hamburg 20 700, Hamm 834,70, Hannover 3000, Hindenburg 1200, Hirschberg 750, Jena 1000, Kaiserslautern 2000, Karlsruhe 2100, Kattowitz 3657, Kiel 4500, Kolberg 300, Köslin 200, Kulmbach 250, Landeshut 200, Lauenburg i. Pommern 400, Leipzig 14 000, Lörrach 300, Lübeck 2500, Luckenwalde 400, Lüneburg 500, Magdeburg 3500, Marburg 5000, Meerane 800, München 4000, Münster 1000, Naumburg 800, Neustrelitz 568,60, Osnabrück 1000, Pforzheim 1000, Potsdam 1100, Rathenow 300, Regensburg 600, Rostock 1000, Schneidemühl 250, Schwerin 1750, Solingen 800, Sorau 300, Stettin 4000, Stralsund 500, Stuttgart 3000, Tarnowitz 239, Ulm 1300, Weimar 1000, Wiesbaden 2000, Wilhelmshaven 3000, Wismar 500, Worms 1000, Würzburg 2600.

J. Heirich, Kassierer.

Abrechnung vom 2. Quartal 1920.

Einnahme.

A. der Filialen:	
Beiträge	1 028 [illegible] M
„ der Filialen	434 461,87 „
Eintrittsgelder	5 541,— „
Broschüren	8,50 „
Duplikate	78,— „
Sonstiges	60,50 „
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	15 444,60 „
Broschüren	178,45 „
Sonstiges	488,75 „
Summa...	1 488 140,87 M

Ausgabe.

A. der Filialen:	
Streikunterstützung	164 808,80 M
Arbeitslosenunterstützung	55 261,— „
Reiseunterstützung	65,60 „
Krankenunterstützung	46 864,15 „
Sterbeunterstützung	10 880,— „
Gemaßregeltenunterstützung	1 108,50 „
Rechtsschutz	50,— „
Gehälter der Filialangestellten	140 878,06 „
Versicherungsbeiträge der Filialangestellten	3 021,51 „
Sonstige Ausgaben	757,75 „
In den Filialen verblieben	485 569,87 „
B. der Hauptkasse:	
Agitation und Konferenzen	2 761,46 „
„Vereins-Anzeiger"	70 108,68 „
„Malerlehrling"	1 916,— „
Tarifbewegung	9 081,60 „
Lackiererprotokoll	3 646,— „
Statuten und Broschüren	13 806,30 „
Bibliothek	2,40 „
Verwaltungskosten, persönliche	36 986,40 „
„ sachliche	30 674,95 „
Sonstige Ausgaben	5 498,95 „
Ausgaben der Bezirksleitungen	50 800,— „
Ueberschuß im 2. Quartal	400 687,49 „
Summa...	1 488 140,87 M

Hamburg, den 8. September 1920. J. Heirich, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:
Otto Streine, S. Ringel, W. Ries, Ferd. Lindner.

Sterbetafel.

Berlin. Am 22. August starb der Kollege David Zander, geboren am 8. Januar 1864 in Hernösand. — Am 26. August starb der Kollege August Bartosch, geboren am 11. September 1881 in Mocker. — Am 28. August starb der Kollege Karl Niplow, geboren am 24. September 1840 in Stargardt.

Chemnitz. Am 9. August starb der Kollege Richard Beck, geboren am 16. Dezember 1871 in Eibenstock.

Karlsruhe. Am 30. Juni starb unser langjähriges und treues Mitglied Johann Füßler, früher in Straßburg i. E.

Kiel. Am 9. August starb nach kurzer Krankheit unser Kollege Alfred Tieschen im Alter von 43 Jahren.

Leipzig. Am 29. August starb unser treues Mitglied Helmut Gibnschert aus Bunzlau im Alter von 22 Jahren an einer im Felde zugezogenen Krankheit.

Mainz. Am 28. August starb nach langem Leiden unser langjähriges treues Mitglied, der Tüncher Rudolf Veith zu Kostheim, im Alter von 38 Jahren.

Stettin. Am 19. August starb unser Kollege Walter Becken im Alter von 26 Jahren an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 12. bis 18. September 1920 ist die 37. Beitragswoche.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakatmalereien sowie auch zur Herstellung von Plakatmalereien aller Art zusenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1½ bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M, einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M gegen Nachnahme, oder gegen Einsendung von 16 M Frankozusendung. Albert Hutmacher, Maler, Hilden i. Rheinland.

Die Erfolge eines Monats die im Unterricht von den deutschen und ausländischen Schülern des Maler-Technikums „Schott" seit zirka 15 Jahren erreicht werden, übertreff. in jeb. Hinsicht weit Ihre Erwartungen. Wollen Sie Vorteile f. Ihr praktisch. Leben u. d. Vorzüge d. staatl. anerk. Unterrichtsanst. kennenlern., b. laff. Sie sich d. f. Sie g. unverbindl. Aufklärungsschrift Nr. 12 nebst Lehrplan d. Einmonatskurse des Wintersemest. f. Gehilf., angeh. Geschäftsf., Meister, Betriebsl. u. f. Kriegsbesch. f. kostenl. k. v. Mecklenburgischen Maler-Technikum, Schwerin i. M. 5.

Prima Lederleim, solange Bezugsscheinsystem, gegen Bezugsschein, später frei, in großen und kleinen Mengen, von 50 kg an, zu 24 M per Kilo zu verkaufen. Anfragen erbeten unt. H. V. 1783 an Rudolf Mosse, Hamburg.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmaler! Goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Prospekt durch die Direktion.

Jeder Kollege bestelle sof. einen Probeband „Der Dekorationsmaler" 3 frühere Hefte mit 12 feinst. Farbentafeln, Preis 5 M bei Voreinsendung des Betrages. Quellen-Verlag, München 39.

Pinsel u. Streichbürsten jeder Art für Industrie u. Handwerk liefert seit Jahren am vorteilhaftesten H. W. Witte, Berlin, Hasenheide 46. Tel.: Alex. 332.

Wilhelm Walter Oele, Lacke, Leime Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Bartelsstraße 72. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Vergrößerungen nach jeder Photographie in erstklassiger Ausführung. Rohbilder z. Selbstanzeichnen. Atelier W. Sommer, Mannheim S 2, 8.

Türschoner aus Celluloid kauft man bei Eduard Isemann Bruchsal i. Baden. — Telephon 70.

Firnis, Lacke, Leim, Schellack kauft jeden Posten Handlung chemischer Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Straße 38, Königstadt 7317.

Abendkurse für neue Holz- u. Marmormalereien, auch für Kriegsbeschädigte, erteilt Fr. Popp, Hamburg-Eppend., Kegelhoffstr. 27, Hpt. Anmeldungen täglich.

Nr. 35 des „Correspondenzblatt" liegt heute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.